

# AfD-Fraktionspost

Ausgabe Frühjahr 2026

**RECHTS EXTREM**

Das Ende der bequemen Gewissheiten

## Klatsche für den Verfassungsschutz

**Abgaben auf Energie müssen weg**

Der Preis des Krieges für die Menschen in unserem Land

**Schwerin Top 10 der kriminellsten Städte**

Migrationspolitischer Maßnahmenkatalog gegen den Kontrollverlust

**Wenn Pflege zur Enteignung wird**

Bittere Realität für ältere Menschen in MV



FRAKTION IM LANDTAG  
**MECKLENBURG-  
VORPOMMERN**

## AfD vs. Verfassungsschutz

# Das Ende bequemer Gewissheiten

Nikolaus Kramer - Fraktionsvorsitzender

Das Kölner Verwaltungsgerichtsurteil zur AfD ist ein Moment der Entblößung. Jahrelang wurde der Öffentlichkeit eingeredet, die entscheidende Frage, ob die AfD eine normale politische Partei oder ein Fall für den Sicherheitsapparat ist, sei längst beantwortet.

Genau dieses Narrativ des vermeintlichen Sicherheitsrisikos hat das Verwaltungsgericht Köln nun empfindlich beschädigt. Das Bundesamt für Verfassungsschutz darf die Partei vorerst nicht mehr als „gesichert rechtsextremistisch“ einstufen und behandeln. **Auch die öffentliche Bekanntgabe dieser Einordnung wurde ihm untersagt.** Die vorgeworfenen Bestrebungen prägen nach derzeitigem Stand eben nicht das Gesamtbild der Partei in einer Weise, die die Feststellung einer verfassungsfeindlichen Grundtendenz trägt.

Damit fällt etwas in sich zusammen, das in den vergangenen Jahren zu einer bequemen Herrschaftstechnik der Altparteien geworden war: die Auslagerung der politischen Auseinandersetzung an eine staatliche Behörde. **Der Verfassungsschutz wurde von Teilen des politischen Betriebs nicht mehr als Nachrichtendienst behandelt, sondern als moralische Zertifizierungsstelle.** Wer von dort als „gesichert rechtsextrem“ markiert wurde, sollte nicht mehr nur beobachtet, sondern aus dem legitimen politischen Raum hinausdefiniert werden.

Das Urteil trifft nicht nur den Verfassungsschutz, sondern das gesamte Milieu der etablierten Parteien. Wenn die Ausgrenzung einer Partei wesentlich damit begründet wurde, sie sei gesichert extremistisch, dann wird die politische Architektur wacklig, sobald genau diese Sicherheit vor Gericht nicht trägt. Hinter der Pathos-Rhetorik von der „Wehrhaftigkeit“ stand häufig weniger demokratische Sorge als

der Wunsch, einen lästigen Konkurrenten mit institutioneller Autorität zu isolieren.

Wer sich nun weiter in den Hygienebunker zurückzieht, wird nur noch deutlicher machen, dass ihm die argumentative Substanz fehlt. Spätestens jetzt müsste man wieder über die Inhalte sprechen, die die AfD-Fraktion seit Jahren in Parlamente und öffentliche Debatten drückt: **über die Folgen ungesteuerter Migrationspolitik, über ruinöse Energiepreise, über das demographische Ausbluten ganzer Landstriche, über die langsame Erosion der Mittelschicht.**

Aus allem folgt ein klarer Reformauftrag, den wir im Landtag von Mecklenburg-Vorpommern schon auf den Weg gebracht haben. Ein Verfassungsschutz, der Vertrauen zurückgewinnen will, muss auf seinen sicherheitspolitischen Kern zurückgeführt werden. Er soll Spionage, Sabotage, Terror und gewaltorientierten Extremismus beobachten – nicht aber als politische Markierungsinstanz den öffentlichen Debattenraum vorstrukturieren. Gerade die Verfassungsschutzberichte in den Ländern erfüllen heute häufig weniger eine operative Sicherheitsfunktion als eine publizistische Sortierfunktion.

Der erste Schritt zu mehr Neutralität wäre deshalb, diese Berichte einzustellen und den Verfassungsschutz von seiner Rolle als Debatteinstrument zu entlasten. **Dies haben wir als AfD-Fraktion mit einem eigenen Gesetzesentwurf im Parlament unterstrichen.**

Das Urteil beendet die bequeme Illusion der Altparteien, dass man politische Probleme mit geheimdienstlicher Aura überdecken könne, wenn einem die politische Kraft zur Auseinandersetzung fehlt. Zeit, sich endlich zu stellen!





„Dieses Ausmaß an Gewalt haben die Menschen in Mecklenburg-Vorpommern nicht verdient.“

## Schwerin Top 10 der kriminellsten Städte

Jan-Phillip Tadsen - Migrationspolitischer Sprecher

Ist die ausufernde Gewalt, die von Migranten ausgeht, nur ein Problem westdeutscher Metropolen? Mitnichten! Dass Schwerin laut BKA in die bundesweite „Top Ten“ der kriminellsten Städte aufgestiegen ist, ist wirklich nichts, worauf wir stolz sein können.

Aber es ist auch nichts, was wir hinnehmen müssten! **Die Bürger in Mecklenburg-Vorpommern wollen diese Politik nicht mehr, das zeigen die starken Umfragewerte für die AfD, von der sie sich einen echten Politikwechsel erhoffen.**

In Regierungsverantwortung könnten wir direkt Maßnahmen anschieben. Als migrationspolitischer Sprecher der Landtagsfraktion habe ich mich in den vergangenen Jahren intensiv mit den Folgen der unkontrollierten Einwanderung beschäftigt und immer wieder erlebt, dass den anderen Parteien schlicht der politische Wille fehlt, die Zustände zu ändern.

Es gibt durchaus sehr wirksame Stellschrauben, die man aus meiner Perspektive als migrationspolitischer Sprecher drehen könnte: Die

Kriminalität von Ausländern muss zukünftig von einer landespolizeilichen Task Force bekämpft werden. Dafür würden wir spezielle **Ausreiseeinrichtungen mit Abschiebungshaft installieren**. Wir würden deutlich mehr staatliche Ressourcen in die Rückführung dieser Menschen, die unser Land verlassen müssen, stecken. Wir würden das **Sachleistungsprinzip im Sinne eines „Bett, Brot und Seife“-Prinzips deutlich ausweiten**. Und gleichzeitig würden wir den Rückbau der sehr kostenintensiven Unterbringungsstruktur starten sowie den Kommunen zukünftig echte Mitsprache bei der Unterbringung von Asylbewerbern rechtlich ermöglichen. Solche Maßnahmen müssen mit Druck auf den Bund verbunden werden. **Im Falle einer weiteren Zuspitzung werden wir an einem landesweiten Aufnahmestopp meines Erachtens nicht vorbeikommen!**

Darüber hinaus würden wir der Asyllobby jeden einzelnen Euro streichen, der auf Landesseite ausgegeben wird. Unser Ziel ist es, eine Migrationspolitik auf den Weg zu bringen, die intuitiv von der Mehrheit im Land unterstützt wird.



JF-Interview mit Jan-Phillip Tadsen



Kulturlandschaft bewahren - Windkraftausbau stoppen!

# Windräder soweit das Auge sieht!

Thore Stein - Umweltpolitischer Sprecher

Die norddeutsche Tiefebene als Relikt der vergangenen Eiszeit ist geprägt durch eine weite und flache Landschaft, die kaum von größeren Erhebungen unterbrochen wird. Der Blick schweift weit bis an den Horizont über malerische Seen, große Waldflächen, Äcker und Wiesen. **Über Jahrhunderte waren die prägenden Landschaftsmarken die Türme der Kirchen und Dome im Land.** Sie fügten sich in Höhe und Kubatur in die natürlich gewachsene Landschaft ein und wirkten weder fremd noch störend.

Was dieser Kulturlandschaft nun droht, lässt sich kaum beschreiben. **Mit dem Aufkommen der ersten Windkraftanlagen fand eine erste Zäsur der über Jahrhunderte organisch gewachsenen räumlichen Gestaltung Mecklenburgs und Vorpommerns statt.** Dabei waren die ersten Anlagen noch vergleichsweise niedrig in ihrer Bauhöhe und verschwanden oftmals schnell hinter dem Horizont bei ausreichender Entfernung.

Der Wettlauf um immer höhere Winderträge und Renditen trieb die Türme jedoch in ungeahnte Höhen, sodass heute Höhen jenseits der 200 m zur Regel geworden sind. **Zum Vergleich sei angeführt, dass der Westturm des Schweriner Doms mit gerade einmal 117 m Bauhöhe der höchste Kirchturm in Ostdeutschland ist.**

Aktuell befinden sich allein in der Planungsregion Westmecklenburg, also den Landkreisen Nordwestmecklenburg, Ludwigslust-Parchim und Schwerin **mehr als 600 Windkraftanlagen im Genehmigungsverfahren.** Hunderte Anlagen neuester Bauart mit Bauhöhen von bis zu 250 Metern, die das Raumbild der gesamten Region zwischen Brandenburg und der Ostseeküste für die kommenden Jahrzehnte auf unvorstellbare Weise verändern werden. **Anlagenhöhe und Topographie werden dazu führen, dass es kaum einen Flecken Erde geben wird, von dem aus keine Windräder am Horizont zu sehen sind.** Kaum eine Gemeinde, kaum eine Region bleibt von den Ausbauplänen verschont.

Die Engpässe dieser Energiewendeillusion sind dabei bestens bekannt. Fehlende Grundlastfähigkeit, schleppender Netzausbau, hohe Redispatch-Kosten und Nachfragemangel in den windreichen Regionen des deutschen Nordens. Die Energiewende wird mittlerweile in relevanten Teilen als gescheitert angesehen – **der Preis, den die Menschen in Mecklenburg-Vorpommern dafür zahlen bleibt davon unberührt. Wertverlust von Grundstücken und Immobilien, Abkehr von Touristen und ein deutlicher Verlust an Lebensqualität.** Denn die gebauten Anlagen werden sich noch die kommenden zwei bis drei Jahrzehnte über unserer Heimat drehen.

Gewalt und Drogen:

# Schulen dürfen nicht alleine gelassen werden

Enrico Schult - Bildungspolitischer Sprecher

Wer heute mit Lehrern, Eltern oder Schülern spricht, hört immer häufiger von einer Entwicklung, die alarmiert: **mehr körperliche und psychische Gewalt, mehr Drohungen gegen Lehrkräfte, mehr Mobbing, inzwischen oft digital über Chats und Messenger.** Parallel dazu wächst die Sorge vor Alkohol-, Cannabis- und anderen Drogen auf dem Schulhof. Schule soll ein Ort des Lernens und der Sicherheit sein, nicht ein Raum der Angst.

Auch parlamentarische Rückmeldungen auf unsere Kleinen Anfragen hin zeigen:

Die Zahl gemeldeter Gewaltvorkommnisse ist gestiegen, und besonders das Internetmobbing nimmt zu. Viele Schulen kämpfen zudem mit wachsenden Problemen, die von außen hineingetragen werden – **Familienüberforderung, Konflikte im sozialen Umfeld, psychische Belastungen. Lehrkräfte können das neben dem Unterricht und der Leistungsbewertung nicht dauerhaft auffangen.**

Darum braucht es eine deutlich stärkere Schulsozialarbeit, vor allem an den Brennpunktschulen und dort, wo Probleme früh sichtbar werden. Wir haben im Landtag eine grundsätzliche Revision der Schulsozialarbeit eingefordert, und zwar inhaltlich, finanziell und mit einer stabilen Perspektive. Unser Ziel ist es,

die Schulsozialarbeit verlässlich zu finanzieren und als Landesaufgabe abzusichern, statt sie von wechselnden Projektmitteln, zweifelhaften Trägern und Befristungen abhängig zu machen. **Schulsozialarbeiter sind Vertrauenspersonen, die vermitteln, Konflikte deeskalieren, Eltern einbinden und Prävention professionell gestalten.**

Wichtig ist dazu eine klare Schwerpunktsetzung: Es braucht verlässliche Gewalt- und Drogenprävention, genaue Krisenintervention, und die Unterstützung betroffener Eltern und Kinder in schwierigen Lebenslagen. Grundsätzlich muss die Berufsorientierung Jugendlicher gestärkt werden und es braucht für einen sinnvoll verbrachten Tag mehr ausgleichende Sport- und Freizeitangebote, die zudem die Gemeinschaft Heranwachsender stärken. Ideologische Modeprojekte dürfen dabei nicht weiterhin die eigentlichen Kernaufgaben überlagern.

Sichere Schulen entstehen nicht durch Wegsehen, sondern durch konsequentes Handeln. Das heißt: **Zurück zu klaren Regeln und Normen, Gewährleistung wirksamer Prävention und schneller Hilfe über ausreichend Personal.** Unsere Kinder haben ein Recht auf Schutz und unsere Lehrkräfte auf Unterstützung.





## Bittere Realität für ältere Menschen

# Wenn Pflege in MV zur Enteignung im Alter wird

Thomas de Jesus Fernandes - Gesundheitspolitischer Sprecher

Die Zahlen sind eindeutig. Die Entwicklung ist dramatisch. Und die politischen Verantwortlichen sehen seit Jahren zu.

Während plötzlich schwer erkrankte Menschen und Senioren in Mecklenburg-Vorpommern ihr Leben lang gearbeitet haben, droht ihnen im Pflegefall der finanzielle Absturz. Der Eigenanteil für einen Pflegeheimplatz nähert sich 3.000 Euro monatlich – bei durchschnittlichen Renten von rund 1.500 Euro.

Das bedeutet: Pflegebedürftigkeit wird zum Armutsrisiko.

2021	2.100 €
2023	2.200 €
2024	2.263 €
2025	2.700 €
2026	2.900 €

Die Darstellung zeigt den deutlichen Anstieg um bis zu 40 % in den fünf Jahren!

Diese Entwicklung ist kein Ausreißer – sie ist politisch verursacht und strukturell bedingt.

### Fakten zu Pflegeheimen Mecklenburg-Vorpommern (2026)

- Durchschnittlicher Eigenanteil: 2.850–2.900 € / Monat
- Gesamtkosten Heimplatz: ca. 4.700 €
- Durchschnittliche Altersrente: ≈ 1.450–1.530 €
- Rentendeckung der Heimkosten: unter 50 %

- Zuschuss sinkt erst nach längerer Aufenthaltsdauer
- Zahl der Sozialhilfeempfänger steigt

### Die Realität ist bitter:

- > durchschnittliche Rente: ≈ 1.500 €
- > Pflegeheim-Eigenanteil: ≈ 3.000 €

Kurz gesagt: Pflege kostet doppelt so viel wie die Durchschnittsrente.

### Eine Schere, die Existenzen zerstört

Wer 45 Jahre gearbeitet hat, verliert im Pflegefall:

- seine Ersparnisse
- seine finanzielle Selbstständigkeit
- seine Würde als wirtschaftlich unabhängiger Bürger

Angehörige werden zur Mitfinanzierung verpflichtet. Kommunen tragen wachsende Soziallasten. Und am Ende zahlt die Allgemeinheit für ein System, das politisch seit Jahren unzureichend reformiert wird. Das ist kein Einzelfall. Das ist Systemversagen.

### Warum die Kosten explodieren

Niemand bestreitet: Gute Pflege braucht gutes Personal. Aber die Kostenentwicklung ist Ausdruck politischer Versäumnisse.

### Treiber der Explosion:

- Tarifsteigerungen und Fachkräftemangel
- Inflation und Energiepreise
- steigender Pflegebedarf durch demografischen Wandel
- Investitionskosten, die Bewohner tragen müssen
- fehlende strukturelle Reform der Pflegefinanzierung

Die Pflegeversicherung wurde nie als Vollversicherung konzipiert – doch ihre Teilabsicherung wird für immer mehr Menschen zur Falle.

### Besonders betroffen: Ostdeutsche Rentner

In Mecklenburg-Vorpommern sind:

- private Rücklagen geringer
- Betriebsrenten seltener
- Vermögen niedriger

Damit trifft die Kostenexplosion jene am härtesten, die ohnehin weniger finanzielle Spielräume haben. Wer wenig hat, verliert alles.

Pflegebedürftigkeit darf nicht in Sozialhilfe enden. Schon heute steigt die Zahl der Menschen, die „Hilfe zur Pflege“ beantragen müssen.

### Das bedeutet:

- wachsender Druck auf kommunale Haushalte
- mehr Bürokratie statt Unterstützung
- Verlust finanzieller Selbstbestimmung im Alter

Ein Sozialstaat, der jahrzehntelange Lebensleistung erst einzieht und dann Almosen gewährt, verliert seine Glaubwürdigkeit.

### Unsere Grundsätze:

Die AfD in Mecklenburg-Vorpommern steht für:

-> Schutz der Lebensleistung

*Pflegebedürftigkeit darf nicht zur Enteignung im Alter führen.*

-> Vorrang für Bürger unseres Landes

*Steuermittel müssen zuerst der sozialen Absicherung der eigenen Bevölkerung dienen.*

-> Nachhaltige Finanzierungsstruktur statt Beitragserhöhungen

*Eine weitere Belastung der Arbeitnehmer durch steigende Sozialabgaben lehnen wir ab.*

-> Landesverantwortung stärken

*Investitionskosten dürfen nicht dauerhaft auf Pflegebedürftige abgewälzt werden.*

-> Anrechnung der Pflegeleistung auf die Rente

*Unterstützung pflegender Angehöriger muss ausgebaut werden.*

Die aktuelle Entwicklung führt dazu, dass Pflegebedürftigkeit zum Armutrisiko wird.

Das widerspricht dem Prinzip der sozialen Gerechtigkeit und dem Schutz der Lebensleistung. Mecklenburg-Vorpommern braucht eine Pflegepolitik, die Bürger schützt, nicht ihre Ersparnisse aufzehrt. Sie ist Ausdruck unserer Verantwortung gegenüber der älteren Generation.

## Der Preis des Krieges:

# Abgaben auf Energie müssen weg!

Martin Schmidt - Wirtschaftspolitischer Sprecher

Die Wirtschaftskrise reißt nicht ab. Außer schuldenfinanzierter Rüstung und subventionierter Energiewende läuft kaum noch etwas. Unser Mittelstand leidet unter enormen Abgaben und massiver Bürokratie. **Arbeitnehmer können sich kaum noch ein normales Leben leisten und Insolvenzwellen peitschen durch unser Land.** Die heftigen Energie- und Spritpreise aufgrund der amerikanisch-israelischen Intervention im Iran sind nun das i-Tüpfelchen.

Als AfD-Fraktion haben wir sofort reagiert. **Mit einem Dringlichkeitsantrag im März-Plenum forderten wir die Landesregierung auf, Abgaben auf Kraftstoffe, Gas und Co. massiv zu senken.** Wir wollen eine Abschaffung der CO<sub>2</sub>-Abgabe sowie eine Senkung der Energiesteuern auf das europäische Mindestmaß. **Zudem soll die Umsatzsteuer für fossile Energieträger temporär auf 7 % gesenkt werden.** Mit einer solchen unbürokratischen, schnellen Aktion hätte Deutschland seine Bürger entlasten können. Dies ist aber nicht gewollt von den etablierten Fraktionen. Scheinbar ist das der Preis, den wir für unsere Verbündeten zahlen sollen, und mit den Steuern will sich der Staat noch selbst bereichern.



Prozesse und Strukturen entlasten

# Digitalisierung der Verwaltung: Anspruch und Wirklichkeit

Jens-Holger Schneider - Digitalisierungspolitischer Sprecher

Die Digitalisierung der Verwaltung gehört zu den zentralen Aufgaben moderner Staatlichkeit. **Bürger und Unternehmen erwarten heute zu Recht, dass staatliche Leistungen schnell, unkompliziert und möglichst online verfügbar sind.** Während Bankgeschäfte, Einkäufe oder Reisebuchungen längst digital erledigt werden können, sind viele Behördengänge noch immer mit Papierformularen, persönlichen Vorsprachen und langen Bearbeitungszeiten verbunden. Auch in Mecklenburg-Vorpommern wird seit Jahren über eine moderne, digitale Verwaltung gesprochen. Strategien, Programme und Ankündigungen gibt es viele – doch die Fortschritte bleiben häufig hinter den Erwartungen zurück. Viele Verfahren sind weiterhin nur teilweise digital verfügbar oder erfordern zusätzliche Schritte auf Papier. **Für Bürger bedeutet das unnötige Wege, für Unternehmen zusätzliche Bürokratie und verlorene Zeit.**

Dabei zeigen aktuelle Entwicklungen, dass Digitalisierung durchaus funktionieren kann, wenn sie konsequent umgesetzt wird. **Seit dem 1. Januar 2026 müssen Gerichte und Staatsanwaltschaften in Mecklenburg-Vorpommern ihre Akten elektronisch führen.** Die Einführung der elektronischen Akte soll Verfahren beschleunigen und die Zusammenarbeit zwischen Gerichten, Staatsanwaltschaften und Anwälten erleichtern. Auch in der juristischen Ausbildung gibt es Veränderungen: Seit Februar 2026 kann das zweite juristische Staatsexamen erstmals elektronisch geschrieben werden.

Damit wird ein weiterer Bereich der Verwaltung digital organisiert. Solche Beispiele zeigen, welches Potenzial in der Digitalisierung steckt. Gleichzeitig machen sie deutlich, wie viel noch zu tun bleibt. In vielen Bereichen der Verwaltung sind digitale Verfahren weiterhin die Ausnahme statt die Regel. **Häufig werden analoge Abläufe lediglich digital ergänzt, anstatt sie grundsätzlich zu vereinfachen. Gerade für Mecklenburg-Vorpommern ist eine funktionierende digitale Verwaltung besonders wichtig. Das Land ist dünn besiedelt, viele Menschen leben im ländlichen Raum.** Lange Wege zu Behörden gehören dort oft zum Alltag. Digitale Verwaltungsangebote können hier eine echte Entlastung sein – wenn sie zuverlässig funktionieren und vollständig online nutzbar sind.

Aus Sicht der AfD-Fraktion reicht es nicht aus, bestehende Bürokratie einfach zu digitalisieren. Wenn komplizierte Verfahren unverändert bleiben, werden sie auch digital nicht einfacher.

**Die AfD-Fraktion fordert deshalb eine konsequente Digitalisierung der Verwaltung mit vollständig digitalen Antragsverfahren ohne Medienbrüche.** Gleichzeitig müssen bürokratische Hürden deutlich reduziert und Verwaltungsprozesse grundlegend vereinfacht werden. Nur so entsteht eine Verwaltung, die schneller arbeitet, Bürger entlastet und Unternehmen nicht länger durch unnötige Verfahren ausbremst.



## Klimaverträglichkeitsgesetz

# Ein Gesetz gegen den ländlichen Raum

Jens Schulze-Wiehenbrauk - Agrarpolitischer Sprecher

Mit dem sogenannten Klimaverträglichkeitsgesetz setzt die Landesregierung ihren Kurs fort, ideologische Klimapolitik immer tiefer in Verwaltung, Wirtschaft und Landwirtschaft zu verankern. Was auf dem Papier technokratisch klingt, bedeutet in der Praxis vor allem eines: **neue Prüfverfahren, zusätzliche Bürokratie und weitere Einschränkungen für die Betriebe im ländlichen Raum.**

Künftig soll nahezu jede staatliche Maßnahme auf ihre „Klimaverträglichkeit“ überprüft werden. Damit droht ein weiteres politisches Instrument, mit dem Investitionen, Infrastrukturprojekte oder landwirtschaftliche Entwicklungen ausgebremst werden können. Wer glaubt, dass Mecklenburg-Vorpommern mit immer neuen Vorgaben wirtschaftlich stärker wird, **verkennt die Realität eines Flächenlandes, das auf funktionierende Landwirtschaft, Energieversorgung und regionale Wertschöpfung angewiesen ist.**

Besonders problematisch sind die geplanten Eingriffe in die land-

wirtschaftliche Nutzung von Moorflächen. Unter dem **Schlagwort der Wiedervernässung drohen tausende Hektar produktiver Nutzfläche langfristig aus der Bewirtschaftung zu fallen.** Für viele Betriebe bedeutet das massive wirtschaftliche Unsicherheit – für ganze Regionen den Verlust von Arbeitsplätzen und Perspektiven. Während unsere Landwirte bereits mit steigenden Energiepreisen, wachsender Bürokratie und immer strengeren Auflagen kämpfen, schafft die Landesregierung neue Belastungen. Statt Planungssicherheit gibt es zusätzliche Unsicherheit. **Statt Vertrauen in die Betriebe dominieren staatliche Vorgaben und politische Zielvorgaben aus den Ministerien.**

**Wer den ländlichen Raum stärken will, muss aufhören, ihn zum Experimentierfeld ideologischer Politik zu machen.** Mecklenburg-Vorpommern braucht keine neuen Klimagesetze, sondern eine Politik, die wirtschaftliche Vernunft und die Interessen der Menschen im Land wieder in den Mittelpunkt stellt.

## Kernenergie in Europa

# 180 Grad-Wende bei von der Leyen

Petra Federau - Energiepolitische Sprecherin

Deutschland und Europa brauchen endlich wieder eine Energiepolitik der Vernunft statt ideologischer Experimente. Mit der AfD-Fraktion wird auch in der Energiepolitik wieder Realismus einziehen: **Kernenergie muss als sichere, leistungsfähige und bezahlbare Grundlage unserer Energieversorgung wieder genutzt werden.**

Die Aussagen von Ursula von der Leyen, die Abkehr von Atomkraft sei ein „strategischer Fehler“ gewesen, wirken wie eine energiepolitische Kehrtwende – allerdings kommt sie reichlich spät. **Schließlich war es die Politik ihrer eigenen Partei, der CDU, die gemeinsam mit ihren europäischen Partnern die ideologisch getriebene Energiewende vorangetrieben und die Kernenergie systematisch aus der europäischen Energiepolitik gedrängt hat.**

Nun spricht die EU-Kommissionspräsidentin plötzlich von einer Renaissance der Kernkraft und von kleinen modularen Reaktoren, die eine sichere und effiziente Energieversorgung ermöglichen sollen. Genau das ist jedoch seit Jahren die Position der AfD-Fraktion. **Wir haben im Bundestag und in den Landesparlamenten wiederholt gefordert, Kernenergie als verlässliche und bezahlbare Energiequelle zu erhalten und weiterzuentwickeln.**

Wenn Ursula von der Leyen heute Investitionsprogramme und Risikoabsicherungen für neue Reaktortechnologien ankündigt, zeigt das vor allem eines: Die energiepolitischen Fehlentscheidungen der vergangenen Jahre lassen sich nicht länger ignorieren. Milliardenkosten, steigende Strompreise und ein massiver Wettbewerbsnachteil für unsere Wirtschaft sind direkte Folgen dieser Politik.



## Eindrücke vom 29. Bädertag auf Hiddensee

# Tourismus stärken statt ausbremsen

Paul Timm - Tourismuspolitischer Sprecher

Der 29. Bädertag Mecklenburg-Vorpommern am 26. und 27. Februar 2026 auf Hiddensee brachte Vertreter des Bäderverbandes, Unternehmer der Tourismusbranche sowie Akteure aus Verwaltung und Politik zusammen. Im Mittelpunkt stand die Frage, wie sich der wichtigste Wirtschaftszweig des Landes unter zunehmend schwierigen Rahmenbedingungen weiterentwickeln kann.

Ein Detail sorgte bereits zu Beginn für Aufmerksamkeit: Wirtschaftsminister Blank war angekündigt, nahm jedoch nicht an der Veranstaltung teil. **Politisch vertreten war am Ende ausschließlich die AfD-Fraktion. Angesichts der Bedeutung des Tourismus für Mecklenburg-Vorpommern ist das ein bemerkenswertes Signal.**

In vielen Fachbeiträgen wurde ein Problem besonders deutlich benannt: Überbordende Bürokratie. Unternehmer, Experten und kommunale Vertreter berichteten von langwierigen Genehmigungsverfahren, umfangreichen Dokumentationspflichten und immer neuen Vorschriften. Diese Entwicklung bindet Zeit, Personal und finanzielle Ressourcen – Mittel, die an anderer Stelle dringend für Investitionen und Innovation benötigt werden. Für viele Akteure vor Ort steht fest: **Bürokratieabbau ist eine zentrale Voraussetzung, um den Tourismusstandort Mecklenburg-Vorpommern langfristig wettbewerbsfähig zu halten.**

Ein weiteres großes Thema war die Wohnraumsituation in den Ostseebädern. Mecklenburg-Vorpommern verzeichnet jährlich Millionen Übernachtungsgäste und beschäftigt zehntausende Menschen im Tourismus. Gerade in den stark nachgefragten Küstenorten fehlt jedoch zunehmend bezahlbarer Wohnraum für Beschäftigte in Hotels, Gastronomie und Dienstleistungen. **Ohne ausreichend Wohnraum wird es immer schwieriger, Arbeitskräfte vor Ort zu halten oder neue zu gewinnen.**

Gleichzeitig machten Vertreter aus Kommunen und Wohnungswirtschaft deutlich, dass insbesondere sozialer Wohnungsbau in vielen Bäderregionen wirtschaftlich nicht tragfähig ist. Hohe Grundstückspreise und Baukosten führen dazu, dass Projekte oft nur mit erheblichen finanziellen Verlusten verbunden sind.

**Die AfD-Fraktion setzt sich deshalb für einen echten Abbau überbordender Bürokratie, wirtschaftlich tragfähige Lösungen im Wohnungsbau und eine stärkere Einbindung der „Bäderfamilie“ in politische Entscheidungsprozesse ein.** Der Bädertag hat erneut gezeigt: Wer den Tourismus als Rückgrat der Wirtschaft Mecklenburg-Vorpommerns erhalten will, muss den Betrieben und Kommunen endlich die nötigen Freiräume geben.





Nord-Stream Pipelines

# BGH sieht Kiew hinter der Pipeline-Sprengung

Horst Förster - Rechtspolitischer Sprecher

Eigentlich hätte der Beschluss des BGH vom 15.01.2026 zur Haftfortdauer eines mutmaßlich an der Nord-Stream-Pipeline-Sprengung Beteiligten wie eine Bombe in unsere Medienwelt einschlagen müssen. Denn der BGH kommt aufgrund einer ganzen Reihe aussagekräftiger Indizien und Zeugenaussagen zu der hochwahrscheinlichen Annahme, dass der inhaftierte Beschuldigte, damals Elitesoldat einer ukrainischen Spezialeinheit, zusammen mit sechs weiteren Mittätern von Bord der hochseetauglichen Segelyacht „Andromeda“ aus die Sprengung im Auftrag des ukrainischen Geheimdienstes vorgenommen hat.

Das war die meisten Medien allerdings nur eine Randnotiz wert, die zudem thematisch auf die Haftfortdauer beschränkt war. **Die Öffentlichkeit hat dieser brisante Beschluss kaum erreicht.**

Es liegt auf der Hand, dass diese Entscheidung für die Regierenden irritierend und höchst unbequem ist und deshalb möglichst unter den Teppich gekehrt werden soll. **Denn wie will man seinem Volk**

**die Unterstützung eines mit uns verbündeten Staates mit vielen Milliarden erklären, wenn dieser Staat sich nicht geniert, einen massiven Sabotageakt gegen das Geberland zu verüben.**

Die Selbstachtung der Bundesrepublik Deutschland gebietet es jedoch, den mit größter Wahrscheinlichkeit vom ukrainischen Geheimdienst durchgeführten Sabotageakt zum Gegenstand einer Überprüfung der beiderseitigen Beziehungen zu machen, was auch immer das Ergebnis sein mag. Die Bundesregierung duckt sich indessen weg, so als ob ihr die Entscheidung des BGH gegenüber Kiew peinlich ist.

**Es geht um unsere Souveränität und wie wir damit umgehen, wenn diese durch einen befreundeten Staat auf das Größte verletzt wird.** Es geht darum, ob wir weiter die Rolle als Hauptunterstützer der Ukraine spielen wollen, so als ob nichts geschehen wäre. Und es geht in einer Demokratie vor allem darum, dass diese Debatte nicht im Geheimen, sondern öffentlich geführt wird.



## Wenn Zug und Bus nicht fahren

Stephan Reuken - Verkehrspolitischer Sprecher

Zwei Meldungen aus der näheren Vergangenheit zeigen deutlich, wie es um den Bus- und Bahnverkehr in unserem Bundesland bestellt ist. Der Rufbus im Landkreis Nordwest-Mecklenburg ist unterfinanziert und der Landkreis weiß nicht, wie er zusätzliches Geld aufbringen soll. Das Rufbus-System schließt eine Lücke in der Versorgung mit Mobilität, die entsteht, weil es sich wirtschaftlich nicht rechnet, eine regelmäßige Buslinie zu betreiben. **In einem so dünn besiedelten Bundesland wie Mecklenburg-Vorpommern hat der Staat bis zu einem gewissen Maße die Pflicht, solche Lücken zu schließen.** Hierfür zieht er Steuern ein, und das in nicht geringem Umfang. Wir befinden uns derzeit in einer dreifach negativen Situation. Der Staat nimmt den Bürgern durch Steuern und Abgaben sehr viel Geld ab, gibt es für zum Teil sinnlose Dinge aus und ist in hohem Maße verantwortlich für den wirtschaftlichen Niedergang in Deutschland. An dieser Stelle brauchen wir so schnell wie möglich eine klare Trendwende. Der Staat muss sich auf seine Kernkompeten-

zen zurückbesinnen, dann bleiben auch Gelder übrig für die Daseinsvorsorge im ländlichen Raum.

Die zweite Meldung ist jene über die gestrichenen ICE-Verbindungen von Rostock über Schwerin nach Hamburg. Hier gibt es wie so oft zwei Seiten einer Medaille. Auf der einen Seite steht die Situation und auch der Anspruch der Pendler, deren Arbeitsweg nun künftig wahrlich nicht besser wird. **Andererseits plädiert die AfD-Fraktion seit vielen Jahren dafür, dass die Bahn wirtschaftlich arbeiten muss, wenn wir eines Tages wieder ein rundum funktionierendes Nah- und Fernverkehrssystem auf der Schiene haben wollen.** Alle Wahlkampfgeschenke wie das Deutschlandticket oder gar das 9€-Ticket sind und waren Gift für den Bahnbetrieb. Nur wenn ein Unternehmen seine Kosten wieder erwirtschaften kann, wird es auf lange Sicht ein gutes Produkt anbieten können. Das Land muss mit der Bahn eine angemessene Lösung für die Pendler finden, die dauerhaft und verlässlich funktioniert.



# FRAKTION VOR ORT

AfD-Fraktion im Landtag MV  
Lennéstraße 1 (Schloss), 19053 Schwerin

0385/525-1700  
kontakt@afd-fraktion-mv.de  
www.afd-fraktion-mv.de



## NIKOLAUS KRAMER

Breite Straße 23, 17358 Torgelow  
Am Mühlentor 1, 17489 Greifswald  
nikolaus.kramer@afd-fraktion-mv.de  
03834 - 7773690  
www.nikolauskramer.de

## ENRICO SCHULT

Treptower Straße 26, 17109 Demmin  
Basedower Str. 10, 17139 Malchin  
enrico.schult@afd-fraktion-mv.de  
03998 - 2856416  
www.enrico-schult.net

## HORST FÖRSTER

Neustrelitzer Straße 70g, Neubrandenburg  
kontakt@hoerst-foerster.de  
0395 - 36968500  
www.hoerst-foerster.de

## MARTIN SCHMIDT

Lange Straße 108, 19230 Hagenow  
Ziegeleiweg 17, 19057 Schwerin  
kontakt@martinschmidt.net  
01575-6421807  
www.martinschmidt.net

## STEPHAN J. REUKEN

Hasenwinkel 6, 17438 Wolgast  
stephan.reuken@afd-fraktion-mv.de  
0385 - 5251722

## THORE STEIN

Eisenbeisstraße 26, 19386 Lübz  
thore.stein@afd-fraktion-mv.de  
0385/525-1759  
www.thore-stein.de

## JAN-PHILLIP TADSEN

Kütiner Straße 21, Sternberg  
jan.phillip.tadsen@afd-fraktion-mv.de  
0385 - 5251762  
www.jan-phillip-tadsen.de

## JENS SCHULZE- WIEHENBRAUK

Am Markt 7, 17389 Anklam  
jens.schulze-wiehenbrauk@  
afd-fraktion-mv.de  
03835 - 5251723

## PAUL TIMM

Mobiles Wahlkreisbüro  
paul.timm@afd-fraktion-mv.de  
0176 - 43853351  
www.paultimm-afd.de

Am Markt 21  
18528 Bergen auf Rügen

## THOMAS DE JESUS FERNANDES

Rosa-Luxemburg-Str. 16a, 17192 Waren  
thomas.fernandes@afd-fraktion-mv.de  
03991 - 1480711  
www.de-jesus-fernandes.de

## PETRA FEDERAU

Bürgermeister-Bade-Platz 2,  
19055 Schwerin  
petra.federau@afd-fraktion-mv.de  
0385 - 58931527  
www.petra-federau.com

## JENS-HOLGER SCHNEIDER

Dankwartstraße 57, 23966 Wismar  
jens.holger.schneider@afd-fraktion-mv.de  
03841 - 2452765

## MICHAEL MEISTER

Wilhelm-Külz-Platz 1, 18055 Rostock  
01575 180 57 02  
michael.meister@afd-fraktion-mv.de  
www.michael-meister.de